

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Abonnementsspreis für Thorner bei Abholung in der Expedition, Brückenstraße 34, in den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

### Insertionsgebühr

die gesp. Petitionen über deren Raum 10 Pf. Kellame hell Zelle 20 Pf  
Inserat-Annahme: in der Expedition, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachmittags.  
Auswärts: Samml. Annonen-Expeditionen, in Collub: H. Lüdler.

# Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Redaktion: Brückenstraße 34, I. Etage.  
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Ferussprech-Mitschluß Nr. 46.  
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Expedition: Brückenstraße 34, parterre.  
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Abonnements auf die  
„Thorner Ostdeutsche Zeitung“  
nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger,  
die Depots und die Expedition, Brücken-  
straße Nr. 34 parterre, entgegen.

### Deutsches Reich.

Die Abreise des Kaiserpaars nach dem Orient ist auf Mittwoch, 12. d. M., Vormittags 8 Uhr von Potsdam festgesetzt. Am folgenden Tage Nachmittags 5 Uhr findet die Einschiffung von Venetien statt. Die Seereise nach dem Bosporus dauert nahezu vier Tage. Am Montag, 17. d. Mts., werden die kaiserlichen Herrschaften Vormittags 11 Uhr in Konstantinopel eintreffen. Hier ist ein fünftägiger Aufenthalt in Aussicht genommen. Die Abreise wird am Nachmittag des 22. stattfinden. Nach mehrtägiger Seereise erfolgt die Landung in Haifa Mittags am 25. d. M. Weiter geht es teils zu Wagen, teils zu Pferde bis Jerusalem. Am 29. Oktober Mittags 1 Uhr treffen die Herrschaften dort am Zeltlager vor der Stadt ein. Nachmittags 3½ Uhr erfolgt zu Pferde der Aufbruch vom Zeltlager und der feierliche Einzug in Jerusalem. Vom Jaffator geht das Kaiserpaar zu Fuß nach der Grabeskirche. Die Abfahrt von Jerusalem ist erst am Morgen des 5. November beabsichtigt. — Wie eingehende Bestimmungen der Kaiser über seine Palästina-Reise getroffen hat, geht daraus hervor, daß er nach der „König. Volkszug.“ bei der Durchreise durch Danzig am Montag mitteilte, er werde bei seiner Ankunft in Palästina die Uniform des Danziger Leib-Husaren-Regiments tragen.

In der Presse wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch die Wahl des Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalts Kaufmann in Berlin zum besoldeten Stadtrath, welcher acht Tage vor der Wahl des Bürgermeisters Kirschner zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt worden, bisher nicht bestätigt worden ist.

Mit dem Erlass über den Waffen-gebräuch der Polizei ist die „König. Btg.“ ganz einverstanden; nur meint sie, der Erlass würde „eine werthvolle Ergänzung erfahren, wenn die leitenden Kreise endlich die Einsicht und den Entschluß finden könnten, die Sozialdemokratie dadurch zu bekämpfen, daß man ihr nicht durch zwecklose Beunruhigungen, Herausforderungen und Nadelstiche immer wieder neuen Agitationsstoff liefert.“ — Der national-liberale „Hannov. Cour.“ sagt in Bezug auf den Erlass: „Der Minister des Innern, Herr von der Röde, hat die Welt schon öfter durch ganz eigenartige staatsmännische Leistungen in Staunen gesetzt, seine neueste Leistung wird aber nicht bloß allgemeines Kopfschütteln verursachen, sondern allgemeine Entrüstung hervorrufen, weil sie den Polizeibeamten Anweisungen erteilt, die zu einer Gefahr für harmloses Publikum werden können.“

„Energische Maßregeln zur Verhütung des Bekanntwerdens vertraulicher Aktenstücke zu treffen“, soll nach der „Schles. Btg.“ das Staatsministerium beabsichtigen. — Man sollte doch denken, daß die Regierung, wenn ihr wirksame Mittel gegen dieses Uebel bekannt wären, dieselben schon längst hätte anwenden müssen, da den sozialdemokratischen Blättern solche Aktenstücke seit Jahren „auf den Redaktionstisch fliegen“.

Die sozialdemokratische Münchener „Post“ veröffentlicht einen geheimen Erlass, welcher sich gegen die Veröffentlichung militärischer Angelegenheiten durch die Offiziere und Beamten der Militärverwaltung an die Presse und die Mitglieder der Abgeordnetenkammer wendet. Der Erlass bezeichnet ein solches Verfahren als im Widerspruch stehend mit der militärischen Standeswürde.

Gegen die in Aussicht gestellte Zukunftsvorlage wendet sich die „Nat. Btg.“

mit folgenden Worten: „Die Anregung zu einer Abänderung der Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzbuches über den Schutz der persönlichen Freiheit darf, so scheint uns, schon jetzt als unbegründet bezeichnet werden. An eine Verstärkung des Schutzes der persönlichen Freiheit gegen behördliche Eingriffe, des Schutzes gegen den moralischen Zwang zum Zweikampf oder dergl. wird ja nicht gedacht; was man im Sinne hat, sind Beschränkungen der persönlichen Freiheit der einen, weil angeblich durch Gestaltungsmachung derselben die persönliche Freiheit der anderen geschädigt werde. Gegen die Absicht derartiger allgemein gehaltener Abänderungen des Strafgesetzbuches hat man allen Grund, misstrauisch zu sein.“

Der medizinische Doktorgrabs darf in Preußen vom 1. Oktober ab nur noch an approbierte Ärzte verliehen werden. Wie die „Nat. Btg.“ erfährt, gedenken die andern deutschen Bundesstaaten darin nachzufolgen. Zunächst hat der bayerische Kultusminister die medizinischen Fakultäten zu einem Gutachten darüber aufgefordert, ob es zweckmäßig sei, den Medizinern die Erwerbung des Doktorstitels erst nach absolviertem Staatsexamen zu gestatten. Die Antworten lauten zustimmend.

Die allgemeine Einführung des Lateinlosen Unterbaues für alle Arten höherer Schulen wird nach einer Meldung des „Hannov. Courier“ noch früher erfolgen, als man bisher annahm. Der gegenwärtige Kultusminister Dr. Bosse steht der Frage günstig gegenüber, insbesondere aber glistet dies von der allerhöchsten Stelle.

Angesichts der Fleischnot verdiene als Beweis für agrarische Bescheidenheit erwähnt zu werden, daß die „Deutsche Tageszeitung“ von der Regierung die amtliche Bekanntmachung folgender „Thatsachen“ für die Bevölkerung in den Städten verlangt: 1) Es besteht keine Absperrung der Grenzen gegen die notwendige Vieh- und Fleischliefer. 2) Diese Einfuhr ist tatsächlich in andauerndem Wachsen begriffen. 3) Das Angebot inländischen Schlachtviehes ist seit vielen Monaten auf allen Hauptmärkten größer gewesen, als die Nachfrage. 4) Die Viehpreise sind gegenwärtig und seit Monaten niedriger gewesen, als in den betreffenden Zeitabschnitten des Vorjahres. 5) Mithin beruht jede Fleisch-Detailpreiserhöhung, die irgendwo in Szene gesetzt wird, auf Machenschaften der Händler. — Diese angeblichen „Thatsachen“ stehen in direktem Widerspruch mit den wirklichen Verhältnissen. Trotzdem aber verlangen die Agrarier, daß die Regierung wieder besseres Wissen ihre Autorität einsetzt zu Gunsten der agrarischen Agitation.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag wurde debattlos die Resolution der Kommission angenommen, wonach die Beleidigung an den Wahlen zum preußischen Landtagen den einzelnen Wahlkreisen überlassen bleibt. Sollen die bürgerlichen oppositionellen Kandidaten unterstützt werden, dann müssen dieselben sich auf das allgemeine Wahlrecht zum Landtag und auf die Wahrung der Volksrechte verpflichten.

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, ist Baron Dipauli zum Handelsminister ernannt worden. Dipauli ist ein Erzlerikal-Konservativer.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag die erste Lesung der Vorlagen, betreffend den Ausgleich mit Ungarn fortgesetzt. Sämtliche Redner sprachen sich gegen die Ausgleichsvorlagen aus.

#### Frankreich.

Für die Revision des Dreyfus-Prozesses soll sich, wie mehrfach gemeldet wird, der Generalprokurator Manau in seinen Schlussträgen entschieden aussprechen. Er stützt sich hierbei 1. auf das Geständnis Henry's und 2. auf den Umstand, daß zahlreiche Schriftstücke

der Dreyfusakten, wenn nicht als Fälschungen, so doch als sehr verdächtig gelten mühten. In seinem Bericht an den Präsidenten des höchsten Gerichts erklärt der Prokurator in der Einleitung: „Gestern noch konnte ein Minister Einhalt gebieten, nun aber nimmt die Gerechtigkeit ihren Lauf, keine Regierung, kein Kammerbeschluß kann dies nun noch ändern.“

Die „Tlf. Btg.“ meldet aus Paris: Die Revision des Dreyfusprozesses ist am Mittwoch Nachmittag 2 Uhr bei der Gerichtsschreiberei des Kassationshofes in das Verhandlungsregister eingetragen worden.

Frau Bola hat erklärt, daß die Rückkehr Bolas in dieser Woche unmöglich sei, weil es im Interesse der Sache liege, daß er nicht vor Zusammentritt der Kammer wieder in Paris erscheint.

#### Spanien-Nordamerika.

Nach einer Meldung des „Newyork Herald“ aus Washington wurde das Mitglied der spanisch-amerikanischen Friedens-Kommission, Day, ermächtigt, die Arbeiten der Kommission jeder Zeit zu unterbrechen, falls Spanien sich unzugänglich erweisen oder die Arbeiten unnötig verzögern sollte. Eine Flottenkundgebung würde folgen.

Der spanische Ministerrath ermächtigte den Marineminister, die vor Kuba befindlichen spanischen Kriegsschiffe an die spanisch-amerikanischen Republiken zu verlaufen, welche darum erfreuen. Ein Madrider Blatt hatte dem General Meritt die Worte zugeschrieben, die Vereinigten Staaten mühten die Philippinen annehmen. Der Ministerpräsident Sagasta betonte, er glaube nicht an eine derartige Erklärung, welche dem Friedensprotokoll nicht entspreche. Nach Kuba sind fünfzehn Millionen Pesetas gesandt worden zur Zahlung der rückständigen Löhnung an die Freiwilligen. Die vollständige Räumung Porto Ricos wird am 12. d. Mts. beendet sein. Die Transportkosten für die Rückbeförderung der Soldaten in die Heimat werden die Höhe von 25 Millionen Pesetas erreichen. Die kubanischen Aufständischen werden am 10. d. Mts. einen neuen Präsidenten der Republik wählen.

#### Türkei.

Der „Frankf. Btg.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Im Auftrage des Sultans unternahm der Minister des Neuzern, Tewfik Pascha, persönlich Schritte bei den Botschaftern, um einen Aufschub der Übergabe des Ultimatums bis nach der Reise Kaiser Wilhelms zu erwirken. Von diplomatischer Seite wird versichert, daß auch der Zar dahingehend intervenierte, sodass trotz der Einigkeit der Mächte das Ultimatum erst nach den Konstantinopler Kaisertagen überreicht werden wird. — Nach einer anderen Meldung ist die Kollektivnote bereits am Mittwoch Vormittag der Pforte überreicht worden.

#### Egypten.

Zur Faschodafrage versichert der Pariser „Matin“, daß, falls das englische Auswärtige Amt vor Aufnahme von Verhandlungen bezüglich Faschoda die Zurückberufung Marchands verlangen sollte, die französische Regierung dies kurz und entschieden ablehnen werde. — Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Kairo soll Marchand erklärt haben, seine Expedition sei auf ausdrücklichen Befehl der französischen Regierung ausgeführt worden. Er habe Faschoda im Juni erreicht.

#### Südafrika.

Aus den Boeren-Republiken treffen beruhigende Nachrichten ein. Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Kapstadt, der Volksstaat von Transvaal habe am Dienstag beschlossen, die Bestimmungen des Militärgegeses, welches Transvaal und den Oranje-Freistaat verpflichtet, sich im Falle eines Angriffs von außen gegen seitige militärischen Beifall zu leisten, temporär zur Anwendung zu bringen. General Joubert sagte bei seiner Befürwortung dieser Maßnahme, niemand könne wissen, ob nicht schon in naher Zukunft beiden Republiken ernste Tage bevorstehen. — Die Eingeborenen im Norden Transvaals rüsten mit aller Macht zum Kampfe.

Alle Wege sind mit bewaffneten Käffern besetzt. Das ganze Gebiet ist nachts von Wachtfeuern erhellt.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Kapstadt, innerhalb neun Tagen werde England in der Delagoabay die Bölle, Eisenbahnen und Telegraphen übernehmen.

#### Ostasien.

Aus Peking meldet vom Montag das „Reuter'sche Bureau“, die Stadt sei ganz ruhig. Das Tsung-li-Yamen hat vollständige Entschuldigung wegen der jüngsten Ausschreitungen geboten. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind mehrere Regimenter Soldaten nach Peking geschafft worden, doch sind seit dem Mondfest keinerlei Ausschreitungen vorgekommen. An der Stelle, wo die Belästigungen von Europäern vorgefallen sind, wurden acht der Angreifer öffentlich ausgestellt, die schweren Strafstrafen, in die Kopf und Hände eingespannt werden, auf den Schultern tragen. Vorw war die Inschrift angebracht: „Bestraft wegen Angriffes auf Europäer.“

Ein Kabeltelegramm der „Tlf. Btg.“ aus Peking vom 3. Oktober meldet, der Kaiser werde im Palast gefangen gehalten. Bei den letzten Unruhen wurden 5 Chinesen getötet.

Marquis Ito ist von Peking wieder abgereist. Man glaubt, seine Sendung sei erfolglos geblieben.

Die „Kaiserin Augustia“ ist zum Schutze der deutschen Interessen von Kiautschau nach Taku abgegangen. An Bord befinden sich außer der eigenen Besatzung noch ein Offizier und 20 Mann Marine-Infanterie sowie der Belegschaft des „Deutschland“, um, falls eine Requisition seitens der deutschen Gesandtschaft in Peking in dieser Richtung erfolgen sollte, in Taku ausgeschiffzt zu werden und nach Peking zu marschieren.

#### Provinzielles.

Schweiz, 4. Oktober. In der Nacht von Sonntag zu Montag brannte der größere Theil des Gutes Bäckerli bei Schönau nieder.

Strasburg, 4. Oktober. Herr Apotheker Wenzlawski von hier hat seine Apotheke für 120 000 M. an Herrn Hammer-Boppot verkauft. — Der verwitwete Gerbermeister Heinrich Förster von hier hat gestern in seiner Wohnung erschossen. Er hinterläßt drei unmündige Kinder, von denen das Jüngste 1½ Jahre alt ist. Der Beweggrund zur That dürfte darin zu suchen sein, daß F. in Vermögensverfall geraten war.

Ebing, 4. Oktober. Der Hofbeamte Eduard Dyk aus Lindau war angeklagt, am 9. April auf dem katholischen Kirchhof zu Marienau eine Leichenrede gehalten zu haben. Das Schöffengericht in Tengen hat ihn am 20. Juli freigesprochen, weil die Mennonitengemeinde zu Rosenort, welcher er angehört, Korporationsrechte besitzt und der Angeklagte nicht als Laie, sondern als Geistlicher im Sinne des Gesetzes anzusehen sei. Gegen das Urteil ist von der Amtsgerichtschaft Berufung eingelegt worden. Der Gerichtshof schloss sich aber der Meinung des Vorderrichters an. Nur Laten sei das Halten der Leichenrede untersagt, nicht aber den Geistlichen einer vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaft.

König, 4. Oktober. Eine Versammlung der vereinigten liberalen Parteien in den Kreisen König-Schlochau-Tschel führte einstimmig folgenden Beschluss: „Die vereinigten Parteien der Nationalliberalen und der freisinnigen Vereinigung in den Kreisen König-Schlochau-Tschel beschließen, an der von ihnen aufgestellten Kandidatur des Herrn Apothekers Heinrich in Kreise, der der freisinnigen Vereinigung angehört, festzuhalten und denselben der konservativen Partei als gemeinsamen Kandidaten zu präsentieren. Die liberalen Parteien betonen, daß sie ein Zusammengehen aller deutschen Parteien für dringend geboten halten.“

Mewe, 4. Oktober. Herr Bankinhaber G. Obuch kaufte in der gestrigen Zwangsversteigerung das Hotel „Deutsches Haus“ hier selbst zum Preis von 55 000 M.

Flawat, 4. Oktober. Für die bevorstehende Bandtagswahl wird der bisherige Abgeordnete Herr Geheimrat Conrad-Berlin wieder kandidieren.

Sinum, 4. Oktober. Heute fand hier unter großer Beteiligung die Beerdigung des Herrn Bürgermeisters a. D. Schneider auf dem evangelischen Kirchhof statt. Herr Schneider war elf Jahre hier Bürgermeister, übernahm dann die Käffirerstelle des Vorschuhvereins und hat dieses Amt 20 Jahre veraltet. Herr Schneider war Vorsteher der Stadtverordneten, Mitglied des Kirchenrats, des Kreisausschusses und des Kuratoriums des Kreisparlasse, Ehrenmitglied des Schülengilde, Vorstandsmitglied des Verschönerungsvereins, Schriftführer und Rendant des Frauenvereins.

Nosenberg, 4. Oktober. Wegen verspäteter Anmeldung des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche bei seinem Rindvieh hatte sich in der letzten Strafamnestierung der Besitzer Nasur aus Langenau zu verantworten. Mr. will nicht gleich den Ausbruch der Seuche bei seinem Vieh erkannt, sondern Verstopfung für die Ursache der Erkrankung gehalten haben. Da nicht festgestellt werden konnte, daß Mr. tatsächlich mehr als zwei Tage vor der Erstattung der Anzeige Kenntnis von der Erkrankung gehabt hat, wurde er freigesprochen.

Bartenstein, 4. Oktober. Vor einer Woche wurde der seit etwa fünf Jahren hier amtierende Gerichtsvollzieher Mr. verhaftet. Berüntreungen im Dienste sollen die Veranlassung hierzu gewesen sein.

Mühlhausen, 4. Oktober. Die Wahl des Herrn Gutsrentanten Bosche in Schlobitten zum Bürgermeister der Stadt Mühlhausen ist bestätigt worden.

Czernst, 3. Oktober. Eine gestern Nachmittag von Herrn Dr. med. Zielinski geleitete polnische Wählerversammlung wurde bei der Rede des Herrn Bjar Böhl aus Bruck, welche Worte des Kaisers streifte, durch den die Versammlung überwachten Beamten, Herrn Gendarm Karczowski aus Karszin, aufgelöst.

Zisterburg, 4. Oktober. Ein Vermächtnis von 20 000 M. ist unserer Stadt von dem verstorbenen Gutsbesitzer Ludwig Krafft zugeschlagen. Die Rätsen dieses Vermächtnisses sollen zur Beweisung und Belebung armer Schulden verwendet werden.

S Argentan, 5. Oktober. Der Arbeiter Mamith aus Morin, der am 7. August den Schärwerker Sierzeniowski aus Groß-Morin mit einer Fackel derart über den Kopf geschlagen hatte, daß nach einigen Stunden der Tod eintrat, hat vier Jahre Buchthaus erhalten. Der Schachtmeister Michael Rebelle und sein Bruder Adalbert, welche im November vorigen Jahres den biesigen Arbeiter Adalbert Stefanek mit Stöcken und Stiefelsägen so arg mishandelt hatten, daß der Verletzte einige Wochen später starb, haben für ihre rohe That je ein Jahr Gefängnis erhalten.

Zuowrazlaw, 4. Oktober. Aus Versetzen vergriffen hat sich am Montag Nachmittag ein Maler gehilfe im Geschlechtern Hause auf der Bahnhofstraße. Er verwechselte die Schnapsflasche mit einer Karbolflasche, nahm einen herzhaften Schluck und brach sofort zusammen. Der Arzt wurde nach dem Kreiskrankenhaus gebracht.

Posen, 2. Oktober. Einem Professor des Priesterseminars wurden vor Kurzem während der Ferien durch Einbruchdiebstahl in seiner im Seminargebäude belegten Wohnung 600 Mark in baarem Gelde und eine Reihe Wertgegenstände gestohlen. Der Diet ist jetzt ermittelt und verhaftet worden, und zwar durch einen Geheimpolizisten, der sich mehrere Tage im Seminar aufhielt. Der Einbrecher war bisher Aufwärter im Seminargebäude.

Posen, 4. Oktober. Vor etwa 1200 Personen sprach heute Abend der Abg. Richter zu den hiesigen freiwilligen Wählern. Ebenso fand heute hier eine große polnische Volksversammlung statt, welche sich gegen jedes Wahlkompromiß mit den Freiheitlichen aussprach. — Der Erzbischof v. Stablewski ist nach Rom abgereist.

Stettin, 4. Oktober. Für die kleinste Radfahrerin Stettins, die 2½ Jahre alte Hedwig Gilert, ist gestern die Erteilung einer polizeilichen Fahrkarte nachgeprüft worden.

## Lokales.

Thorn, 6. Oktober.

— Ordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, Mittwoch, 1. Oktober. Nachmittags 3 Uhr. Anwesend sind Oberbürgermeister Dr. Kohli, Bürgermeister Stachowitz, Syndikus Kelch, Stadtbaurath Schulze, Stadtrath Behrendorf und Fehlauer sowie 25 Stadtverordnete. Vor Eintritt in die Tagesordnung verließ Oberbürgermeister Dr. Kohli ein Schreiben des Herrn Rudies aus Detmold, in welchem der selbe dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung herzlichsten Dank ausspricht für die Anerkennung, welche seine Thätigkeit im Dienste der Stadt Thorn bei den städtischen Behörden gefunden hat. Er wisse sehr wohl, daß seine Kräfte nicht immer ausgereicht hätten, das zu erreichen, was er erstrebt. Die Zeit, in welcher er dem Thorner Magistrat angehört habe, werde ihm stets in bester Erinnerung bleiben. Er wünsche der Stadt weiteres Blühen und Gedeihen. Stadtverordneten-Vorsteher Prof. Boethke knüpft daran die Bemerkung, daß auch die städtischen Behörden das Andenken des Herrn Rudies stets in Ehren halten werden.

— Für den Verwaltungsausschuß berichtet nun Stadtv. Göeme: Die vereinigten Ausschüsse schlagen einstimmig vor, an Stelle des früheren Stadtraths Rudies den Stadtverordneten Kaufmann Emil Dietrich zum unbesteten Stadtrath für die Wahlperiode bis 16. Mai 1900 zu wählen. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Von 24 abgegebenen Stimmen lauten 23 auf den Namen des Stadtv. Dietrich, einer auf den Namen des Stadtv. Kordes. Stadtv. Dietrich ist somit zum Stadtrath gewählt und erklärt seine Bereitwilligkeit, das Amt anzunehmen. — In Bezug auf den Bau eines Stadtheaters in Thorn beantragt der Magistrat, 3000 M. zu bewilligen, um damit ein Preisaufruf für Architekten um Entwürfe zu veranstalten. Der Ausschuß ist jedoch der Ansicht, daß das von dem Baumeister Nebrück ausgearbeitete Projekt, welches der Versammlung bekannt ist, doch nicht so ohne weiteres bei Seite zu legen sei und beantragt daher, das Nebrück'sche Projekt Theaterbaufachmännern zur Nachprüfung vorzulegen. Oberbürgermeister Dr. Kohli: Die Meinung, daß sich der Magistrat dem Projekt eines Theaterbaues in Thorn ablehnend gegenüberstelle, sei unrichtig. Der Magistrat hält im Gegenteil den Bau eines Stadtheaters für ein dringendes Bedürfnis, glaubt aber, auf dem von ihm vorgeschlagenen Wege der öffentlichen Ausschreibung von Bauentwürfen schneller und besser zum Ziele zu kommen. Stadtv. Schlee:

er sei früher der Ansicht gewesen, daß an den Bau eines Stadtheaters in Thorn zunächst nicht zu denken sei, da er den Bau mit allen Nebenkosten auf etwa 500 000 M. veranschlage und die Stadt diese Summe jetzt nicht aufwenden könne; da habe er denn mit Freunden vernommen, daß sich ein Thorner Mitbürger der Mühe unterzogen habe, ein für Thorner Verhältnisse passendes Bauprojekt zu entwerfen und daß dieses Projekt die Anerkennung von bedeutenden Autoritäten gefunden habe, nach deren Rathschlägen noch einige kleine Änderungen daran vorgenommen worden seien. Da ein dringendes Bedürfnis dafür, hier an der Ostgrenze des Reichs inmitten polnischer Bevölkerung ein deutsches Theater zu errichten, gar nicht in Abrede gestellt werden könne und dies sogar eine Lebensfrage für die Stadt Thorn sei, könne es sich jetzt nur darum handeln, ob man den Vorschlägen des Magistrats oder denen des Ausschusses folgen solle, in welch letzterem Falle man auch von vornherein eine p. k. k. n. t. e. Beihilfe in Gestalt einer größeren Beleihung des Theaters in Aussicht nehmen müsse. Da die Stadt stets ihrerer bau als ein Privatmann, könne er dem Magistratsantrage nicht zustimmen, er stimme aber auch dem Ausschusstantrage nicht zu, sondern solle denselben dahin erweitert sehen, daß die Stadtverordnetenversammlung schon jetzt ihre prinzipielle Bereitwilligkeit erklärt, dem Erbauer des Theaters mit einer Beleihung von 135 000 bis 200 000 Mark in pekuniärer Hinsicht zu Hilfe zu kommen. Falls das von Herrn Nebrück vorgelegte Projekt ein gutes ist (was durch die empfohlene Nachprüfung durch Sachverständige festzustellen sein wird), könne die Stadt bei der Annahme seines Vorschlags keinesfalls zu Schaden kommen, da selbst dann, wenn die Geschäfte schlecht gehen und das Theater die Verzinsung nicht einbringen sollte, die Stadt auf Grund ihrer Hypothek das Theater dann im Substaationswege erwerben könne und damit sehr billig zu einem eigenen Theater kommen würde; andererfalls verzinsen sich ja das Kapital entsprechend. Er bitte die Angelegenheit nicht in die Länge zu ziehen und beantrage unter der Voraussetzung, daß das Nebrück'sche Projekt von den Sachverständigen für gut befunden werde, und daß den städtischen Behörden in Bezug auf die Einrichtung und Leitung des Theaters der entsprechende Erfolg gewahrt werde, schon heute prinzipiell die Bereitwilligkeit zu erklären, den Theaterbau in angemessener Höhe zu beleihen und das Projekt den Sachverständigen vorzulegen. Oberbürgermeister Dr. Kohli: Zum mindesten müßten dann die Sachverständigen von den städtischen Behörden bestimmt werden, im übrigen sei er gegen eine Beleihung über die von Herrn Nebrück gewünschte Summe von 135 000 M. hinaus.

Oberbürgermeister Stachowitz: Er freue sich, daß der Stadtverordnete Schlee aus einem Saulus ein Paulus geworden sei, und daß er sich von der Notwendigkeit eines Stadtheaters für Thorn überzeugt habe. Das von Herrn Nebrück vorgelegte Projekt sei aber nicht bloß ein Bauprojekt, sondern auch ein finanzielles Unternehmen. Über den Bauentwurf mögen die Fachleute urtheilen, ihm persönlich habe der selbe sehr gut gefallen. In Bezug auf die finanzielle Seite des Unternehmens werde aber von der Stadt ein Darlehen von 135 000 M. gefordert, und es sei doch sehr die Frage, ob eine genügende Sicherheit für dessen Verzinsung vorhanden sei. Dazu fehle es an jeder Unterlage, die Frage, wie die Verzinsung aufgebracht werden solle, schwabe in der Luft. Theater seien bekanntlich sehr unrentable Unternehmen; sie bringen nicht nur nichts ein, sondern erfordern doch erhebliche Zuschüsse. Die Stadt würde aber nur dann in der Lage sein, einen derartigen Zuschuß zu zahlen, wenn sie das Eigentumsrecht am Theater besäße. Daß das nötige Kapital auf dem von Herrn Nebrück in Aussicht genommenen Wege aufgebracht werden könne, halte er für ausgeschlossen. Wenn die Versammlung daher jetzt auf das Nebrück'sche Projekt näher eingehen, so sei die Sache von vornherein auf einen tödten Strang geschoben und werde voraussichtlich nicht so bald wieder in Bewegung kommen. Dem Bauentwurf des Herrn Nebrück stehe er ja selbst sehr sympathisch gegenüber, es sei aber doch nicht ausgeschlossen, daß man bei einer öffentlichen Ausschreibung ein noch besseres Projekt erhalten, deshalb könne auch die Konkurrenz nichts schaden, sondern nur nützen. Wenn man gegen den Magistratsantrag einwende, daß derselbe der Stadt 3000 M. Kosten verursache, so gebe er zu bedenken, daß auch die vom Ausschuß gewünschte Nachprüfung des Nebrück'schen Projekts Kosten verursache, und falls das Projekt für gut befunden werde, müsse man dann später wieder seine Ausführung ausschreiben, die man doch Herrn Nebrück nicht so ohne weiteres übertragen könne. Durch die öffentliche Ausschreibung eines Wettbewerbes würden diese Kosten alle vermieden werden, da die eingereichten und prämierten Projekte in den Besitz der Stadt übergehen. Endlich sei noch zu bedenken, daß man bei einem Theaterbau durch die Stadt ev. auch auf eine staatliche Unterstützung rechnen könne, was bei der Ausführung durch Privatunter-

nehmer nicht der Fall sei. Die Mittel zum Theaterbau seien auch vorhanden, allein der Verwendungsfonds der Sparkasse betrage 80 000 Mark. Stadtv. Wolff: Die Stadt sei jetzt nicht in der Lage, ein Theater zu bauen, da die verfügbaren Mittel für andere dringlichere Zwecke reservirt bleiben müßten. Er halte es daher für besser, dem Projekte des Herrn Nebrück näher zu treten. Den Antrag des Stadtv. Schlee, schon heute prinzipiell die Bereitwilligkeit zu einer finanziellen Unterstützung des Unternehmens zu erklären, halte er für verfrüht. Oberbürgermeister Dr. Kohli: Es sei doch wohl selbstverständlich, daß vor der Beleihung des Baugrundstücks durch die Stadt Herr Nebrück das Vorhandensein der übrigen Geldmittel nachweise. Stadtv. Dietrich: Im Ausschuß habe man dem Nebrück'schen Entwurf sehr sympathisch gegenüber gestanden, aus Vorsicht jedoch eine Nachprüfung desselben durch Fachleute in Vorschlag gebracht. Formlich erschreckt habe ihn die Perspektive des Stadtv. Schlee, welcher in Aussicht stelle, bei schlechtem Geschäftsgange das Theater vielleicht später im Substaationswege für die Stadt billig zu erwerben, wodurch die Aktionäre geschädigt würden. Stadtv. Schlee: Wenn man heute eine finanzielle Unterstützung des Unternehmens nicht prinzipiell beschließe, so habe auch der Beschluß, eine Nachprüfung des Nebrück'schen Projekts zu veranlassen, keinen rechten Zweck, denn erst dann werde das Projekt realisierbar, wenn die Stadt zur Beleihung des Baugrundstücks bereit sei. Der Unternehmer müsse von vornherein eine Sicherheit auf städtische Beihilfe haben. Er beweise nicht, daß das Baukapital rasch zusammengebracht werden würde; dann es sei ja bekannt, daß schon verschiedene Herren größere Beiträge à fonds perdu gezeichnet haben. Im Prinzip sei er übrigens stets für einen Theaterbau gewesen, die Stadt habe aber dazu nicht die Mittel. Bürgermeister Stachowitz: Er habe Bedenken, ob Herr Nebrück den aus Privatmitteln aufzubringenden Betrag von 135 000 M. werde nachweisen können. Der Ausschuß sei übrigens bei dem Beschuß, das Nebrück'sche Projekt nachzuprüfen zu lassen, davon ausgegangen, daß die Bauausführung durch die Stadt geschieht. Mit der finanziellen Seite des Nebrück'schen Projekts habe sich der Ausschuß nicht beschäftigt. Stadtv. Glüdmann: Um auf eine staatliche oder kaiserliche Unterstützung des Theaterunternehmens rechnen zu können, werde schließlich doch die Stadt bauen müssen. Im Übrigen stimme er dem Ausschusstantrage zu. Stadtv. Schlee: Wenn das Theater unter der Leitung der Stadt steht, so werde es auf eine staatliche oder kaiserliche Unterstützung auch dann rechnen dürfen, wenn es von Privatunternehmern gebaut sei. Der Magistratsantrag sei, da er zu kostspielig ist, sehr verfänglich. Wenn auch schließlich der Bau auf 300 000 M. veranschlagt werde, so würde er doch auf 500 000 zu stehen kommen, da die Stadt stets theurer bau. Oberbürgermeister Dr. Kohli: Nach seiner Auffassung wolle der Ausschuß zwar dem Nebrück'schen Projekt näher treten, zunächst aber die Frage offen lassen, wer den Bau ausführen solle. Bürgermeister Stachowitz tritt nochmals für den Magistratsantrag ein. Stadtv. Wolff: Er und andere Mitglieder der Versammlung seien der Ansicht, daß Herr Nebrück auch den Bau ausführen solle. Wenn die Stadt bloß deshalb den Bau ausführen solle, um ev. wie Bromberg einen kaiserl. Zuschuß von 10 000 M. zu erhalten, so sei das wenig praktisch. Stadtv. Schlee zieht seinen Antrag nunmehr zurück. Der Magistratsantrag wird gegen 2 Stimmen abgelehnt, der Ausschusstantrag angenommen. — Der vorgelegte Tarif über die Benutzung des Röntgenapparats im städtischen Krankenhaus wird genehmigt. — Dem Kanzleiboden Fleischhader wird für das Bewirken der Zustellungen pp. in Gewerberichtssachen eine Vergütung von 5 Mark monatlich bewilligt. — Von der Verfassung des Lehrers Sich aus Morder an die IV. Gemeindeschule an Stelle des Lehrers Steffen wird Kenntnis genommen. — Zur Ausstattung der Halstrasse zwischen Bromberger- und Meilenstraße mit Alleeäumen werden 250 M. bewilligt. — Der Vermietung von Räumen im Schloßthause an die Militär-Menagieferanten Fleischermeister Borchardt, Gebrüder Finde, Romann und Tews wird zugestimmt. — Durch die Einrichtung von Lehrbezirken in der Stadt fühlt sich der Schornsteinfegermeister Lemke, welcher dabei nicht zugelassen war, benachteiligt und hat eine Beschwerde an die städtischen Behörden und an den Regierungspräsidenten gerichtet; der letztere hat inzwischen die Zulassung des Lemke verfügt, womit die Angelegenheit erledigt ist. — Bei der Ausschreibung der Neuverpachtung des Biegeleigthauses sind zwei Offerten eingegangen: J. Wandel bietet 3600 M. jährlich und die Firma Blöz und Meyer 3300 M. Der Magistrat schlägt die Annahme der letzteren Offerte vor unter der Bedingung, daß ein Garantieschein der Höchsterbrauerei hinterlegt wird und die Firma einen dem Magistrat genehmigen Delonomen einsetzt.

Die Versammlung stimmt dem zu. 250 M. rückständige Pacht werden niedergeschlagen. — Stadtv. Nebrück referiert über eine vorgeschlagene Aenderung der Baustadt an der Ostseite der Breiten- und Schloßstraße, nach welcher im Interesse der Geradelegung der Breitenstraße das Stephan'sche Grundstück bei einem etwaigen Neubau zurückgerückt werden soll. Die Versammlung ist damit einverstanden. — Für den Finanzausschuß berichtet nun Stadtv. Dietrich: Die Protokolle über die monatlichen Revisionen der Kämmerereihauptklasse und der Kasse der städtischen Gas- und Wasserwerke vom 27. Juli, 31. August und 28. September 1898 werden zur Kenntnis genommen. — Der Finalabschluß der Uferkasse pro 1. April 1897/98 ergibt eine Einnahme von 32 183 M. (32 109 M. im Etat), eine Ausgabe von 23 081 M. (22 920 M. i. G.); der Bestand von 9102 M. soll zur Deckung der Baukosten der Uferbefestigung Verwendung finden. Stadtv. Rawitschki möchte wissen, weshalb eigentlich jetzt die Arbeiten an der Erweiterung der Uferbahn vollständig ruhen und wann voraussichtlich die erweiterte Uferbahn benutzt werden kann; jetzt ständen die großen Verladungen bereit, die Interessen der Kaufmannschaft leiden sehr unter dieser Verzögerung. Stadtbaurath Schulze: Das Projekt sei vor 6 Monaten der Eisenbahndirektion in Bromberg eingereicht worden, von welcher nach drei Monaten ein ablehnender Bescheid erfolgte; eine erneute Vorstellung und eine am Ort und Stelle vorgerommene Beobachtung führten dann zur Genehmigung des Projekts, welches dann erst dem Minister eingereicht werden mußte, von welchem ein zustimmender Bescheid erst vor 6 Tagen eintraf. Während der Verhandlungen hätte man die Arbeiten ruhen lassen müssen, jetzt würden dieselben aber mit ganzer Kraft aufgenommen werden und er hoffe, daß die Arbeiten noch in diesem Jahre zu Ende geführt werden. Stadtv. Leutke: Von der Stadtverordnetenversammlung seien vor einiger Zeit 7000 M. für Straßenverbesserungen bewilligt worden, bis jetzt aber sei davon noch nichts zu merken. Stadtbaurath Schulze: Da eine Ausschreibung dieser Arbeiten beschlossen wurde, sei eine Verzögerung eingetreten. — Die Rechnung der Gasanstalt kasse pro 1. April 1896/97 schließt ab mit einer Einnahme von 293 610 M. (290 721 M. i. G.), einer Ausgabe von 279 277 M. (262 157 M.). Der Bestand von 24 093 M. ist nach einer Erklärung des Stadtraths Fehlauer auf die nächste Jahresrechnung übertragen worden, wodurch der Bestand auf über 40 000 M. angewachsen ist; derselbe soll für die Kosten des Umbaus der Anstalt verwendet werden. — Der Finalabschluß der Räumerverkäufe pro 1. April 1897/98 schließt ab mit einer Einnahme von 842 236 M. (809 750 M. im Etat) und mit einer Ausgabe von 874 207 M. (809 750 im Etat). Der Bestand von 24 093 M. ist nach einer Erklärung des Stadtraths Fehlauer auf die nächste Jahresrechnung übertragen worden, wodurch der Bestand auf über 40 000 M. angewachsen ist; derselbe soll für die Kosten des Umbaus der Anstalt verwendet werden. — Der Finalabschluß der Biegeleikasse pro 1. April 1897/98 ergibt sich, daß die Verwaltung nicht weiter fortgeführt werden kann, da die Lehmgewinnung eine so kostspielig geworden ist, daß die städtische Biegelei mit anderen Biegeleien nicht konkurriren kann. Die Einnahme betrug 38 857 M., die Ausgabe 80 656 M., so daß die Rechnung mit einem Verlust von 41 808 M. abschließt. Wenn die Biegeleikasse in fünf Jahren durch die vorhandenen Lagerbänke gedeckt gewesen seien, so sei dies in diesem Jahre nicht mehr der Fall. Aus diesen Gründen seien der Ausschuß und die Biegeleideputation zu der Überzeugung gelommen, daß sich die Biegelei nicht länger halten lasse und es am besten sei, tabula rasa zu machen. Stadtbaurath Schulze: Die Biegeleidiputation werde demnächst den städtischen Behörden eine Vorlage betreffend Aufgabe des Biegeleibetriebes unterbreiten. Oberbürgermeister Dr. Kohli: Es sei von einer Seite angerufen worden, auf dem Terrain der Biegelei Untersuchungen darüber anzustellen, ob dort nicht Salz oder Soole zu finden sei. Wenn der damit verbundenen Kosten sei der Magistrat aber nicht auf diesen Vorschlag eingegangen. Jetzt habe sich jedoch ein Privatunternehmer gefunden, welcher eine Untersuchung des Terrains auf eigenes Risiko vornehmen will und am Sonnabend zu diesem Zweck hier eintrifft. Derselbe verlangt nur, daß die Stadt, falls er Soole vorfinden sollte, zuerst mit ihm in Verhandlungen eintritt. Selbstverständlich könnte an eine Verwertung der Soole nur dann gedacht werden, wenn dieselbe einen erheblich höheren Salzgehalt aufweist als die Czernowitz. Stadtv. Dietrich tritt für eine möglichst scharlunge Beratung über die Aufhebung der Biegelei ein. Auf eine Anfrage des Stadtv. Leutke, ob nicht Kalkziegel an Stelle der bisherigen hergestellt werden könnten, erklärt

Stadtbaudirektor Schulze, das wäre ausgeschlossen. Die Versammlung nimmt dann von dem Finalabschluß Kenntnis und erachtet den Magistrat, schleunigst eine Vorlage betreffend Aufhebung der Ziegelei einzureichen. — Der Finalabschluß der Krankenhauskasse pro 1. April 1897/98 ergibt eine Einnahme von 50 422 M. (54 010 M. im Etat) und eine Ausgabe von 47 410 M. (ca. 49 000 M. i. G.)

Der Finalabschluß der Wilhelm-August-Stiftskasse pro 1. April 1897/98 ergibt eine Einnahme von 12 042 M. (11 372 M. i. G.) und eine Ausgabe von 9936 M. (9440 M. i. G.) Der Bestand von 2 106 M. soll zum Theil zur freien Verwendung bleiben, zum Theil dem Kapital zugeschlagen werden. — Zur Festlegung eines Waldweges im Jagen 97 des Belaus Guttau werden 300,75 M. bewilligt. Die Bewilligung ist nur eine vorschreibende, da von der Kreisfasse 273 M. zurückgezahlt werden. — Die Umzugskosten-Entschädigung für den Lehrer Klatt von Seehausen nach Thorn wird auf 143 M. festgesetzt. Die Kalkulatur hatte mehr forderte 48,50 M. gestrichen. — Zu Tit. III, Pos. 2 und 3 des Ziegeleietats werden zur Sicherung der Gebäude, Utensilien und Maschinen 40,09 M. nachbewilligt, da eine Erhöhung des Prämienzuges eingetreten ist. — Betreffs Regierung der Gehaltsverhältnisse des Rektors Lottig liegt ein Schluß desselben vor, seine Besoldung nach der alten Gehaltskala zu regeln, nach welcher er in seine jetzige Stellung berufen worden ist. Nach Einführung der neuen Gehaltskala befaule sich sein Einkommen auf 2150 M., während es nach der alten Skala 2300 M. betragen würde. Herr Lottig bittet ferner um Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß und weist nach, daß er sich schlechter als ein Mittelschullehrer sieht. Auch der Rektor der 4. Gemeindeschule, Schüler, beziehe bedeutend mehr Gehalt, nämlich 2750 M. Der Magistrat empfiehlt die Bewilligung der Gesuche. Der Ausschuß schlägt vor, mit Rücksicht auf die vorliegenden Umstände und die anerkannte Lüdigkeit des Herrn Lottig, sein Gesuch um Besoldung nach der alten Skala zu berücksichtigen und ihm einen Wohnungsgeldzuschuß von 450 Mark ausnahmeweise zu bewilligen. Oberbürgermeister Dr. Kohl erklärt, daß der erste Antrag des Herrn Lottig auf gesetzlichem Boden steht, sich aus Billigkeitsrücksichten aber auch die Bewilligung des zweiten Antrages empfehle. Stadtv. Schlee und Stadtv. Dietrich treten ebenfalls für die Bewilligung des Gesuchs ein, worauf dieselbe von der Versammlung beschlossen wird. — Betreffs Sicherung der Straßenbaulast bezügl. des Gorstischen Grundstücks, Neue Jakobsvorstadt Nr. 71, wird die frühere Eintragung als genügende Sicherheit anerkannt. — Zu Tit. XI, 1b des Kammereietats „für Fuhrweise, welche zu Militärtransporten zu gestellen sind“, werden infolge außergewöhnlicher Übungen 200 M. nachbewilligt. — Der Finalabschluß der Schachthaukasse pro 1897/98 ergibt eine Einnahme von 80 113 M. (73 345 M. im Etat) und eine Ausgabe von 72 017 M. (89 151 M. im Etat). Der Bestand von 8095 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden und wird später zur Deckung früherer Vorschüsse Verwendung finden.

Herr Generalmajor v. Rabbe, Kommandeur der 35. Kavallerie-Brigade, der bekanntlich bei Dr. Cylau durch ein schweres Geschoss am Oberschenkel schwer verwundet wurde, ist jetzt vollständig wiederhergestellt und hat sich bereits zum Wiederantritt des Dienstes gemeldet.

Die Kapelle unseres 61. Infanterie-Regiments eröffnet mit dem nächsten Sonntage ihre diesjährigen Winterkonzerte im Artushof.

Eine Anzahl der Theilnehmer an der Jahres-Versammlung des preußischen botanischen Vereins unternahm gestern, wie schon gemeldet, einen Ausflug zur russischen Grenzper Dampfer. Um 9 1/2 Uhr Vormittag verließ derselbe Thorn und nach 2 Stunden war das Ziel erreicht. Bei Dolsotschin stiegen die Botaniker ans Land und nun gings zu Fuß am linken Ufer der Donzyna entlang bis hinter Kuta. An diesem Orte wurde die freie Anhöhe bestiegen und die schöne Aussicht genossen. Bei der botanischen Exkursion waren die Herren Dr. Abromeit-Königsberg und Landgerichtssekretär Scholz-Marienwerder Führer. Um 3 Uhr wurde die Rückfahrt mit dem Dampfer angetreten. Gleich nach derselben haben die letzten auswärtigen Gäste unsrer Stadt verlassen.

Turnverein. Heute Freitag 9 Uhr veranstaltet der Verein bei Nicolai sein diesjähriges Ritter-Abschiedsfest für die in das Heer tretenden Mitglieder, worauf wir besonders aufmerksam machen. Gäste sind willkommen.

Die Tischler- und Drechsler-Innung hielt Montag Nachmittag auf der Herberge der Vereinigten Innungen Quartal ab. Es fand erst die Freipredigung von zwei ausgelernten Lehrlingen statt, eingeschrieben wurden drei Lehrlinge, ein Meister wurde in die Innung aufgenommen. An die eingeschriebenen Lehrlinge stellte Obermeister Körner das Ver-

langen, pünktlich die Fortbildungsschule zu besuchen, und sich die für Tischlerei und Drechslerkunst so nothwendige Zeichenkunst anzueignen. Es würden von nun an Seitens der Prüfungsmeister stets größere Anforderungen an die ausgelernten Lehrlinge gestellt werden.

Am 1. Juli dieses Jahres wurde die Erweiterung der „Berliner Pensionszuschuß- und Unterstützungsclasse für mit Pensionsberechtigung angestellte Lehrerinnen“ zu einer Preußischen Ruhegehalts- und Unterstützungsclasse für mit Ruhegehaltsberechtigung angestellte Lehrerinnen auf der Generalversammlung der Kasse mitglieder beschlossen. Zur preußischen Kasse sind bisher 1060 neue Mitglieder angemeldet worden, so daß die erweiterte Kasse jetzt 1653 Mitglieder zählt. Obgleich der jährliche Beitrag nur 12 M. beträgt, können am 1. Januar 1899, also nach fünfjährigem Bestehen der Kasse, doch schon Ruhegehaltszuschüsse in Höhe von 50 M. zur Auszahlung gelangen. Die Auszahlung der Ruhegehaltszuschüsse beginnt nicht in einem bestimmten Lebensalter der Kassemitglieder, sondern stets im Jahre der Pensionierung derselben. Da sich das Kapital der Kasse nach Anlage der Kassengesetze mit den Jahren vergrößern muß, so wächst dem entsprechend auch der Ruhegehaltszuschuß. Meldungen zum Beitritt sind an die Vorsitzende der Kasse, Fräulein L. Popp, Berlin S O., Muskauerstr. 46 zu richten.

Die Provinzialversammlung des katholischen Lehrerverbandes Westpreußens, welche am Montag in Marienburg stattfand, war recht zahlreich besucht. Vertreten waren 34 Vereine mit 52 Delegaten. Der erste Vorsitzende erstattete den Rechenschaftsbericht über das verflossene Vereinsjahr. Der Verband setzt sich aus 731 ordentlichen und 140 Ehrenmitgliedern in 42 Vereinen und 3 Obmannschaften zusammen. Mit Beifall wurde die Mithilfung aufgenommen, daß der Vorstand des Gesamtverbandes sich mit der Reliktsache beschäftigte. Nach dem Bericht des Verbandskassiers betrug die Jahreseinnahme 1220,62 M., der eine Ausgabe von 1064,18 M. gegenübersteht. Das Gesamtvermögen beläuft sich auf 791,58 Mark. Zum Andenken hat Westpreußen 709,32 M. aufgebracht. Den Bericht über die Thätigkeit der Jugendchriftenkommission erstattete Rektor Bator-Thorn. Die Wahl des Dires der nächsten Tagung wurde dem Provinzialvorstande überlassen. Die Mehrheit ist für Danzig als Versammlungsort. Als Delegierte für die nächste Verbanderversammlung wurden die Herren Weidmann, Modrowski und Paschke, als deren Vertreter die Herren Brodt, Lewandowski und Tolksdorf gewählt. Der Antrag: Der Provinzialvorstand wolle dahin wirken, daß den Zweigvereinen die Genehmigung erteilt werde, an den Sitzungstagen in der schulfreien Zeit unter Heranziehung von Schulkindern — mit Erlaubniß der Eltern — Musterlektionen zu halten und hierzu die Schullokale zu benutzen, wurde abgelehnt. Abends fand ein gemütliches Beisammensein statt. Am Dienstag fand nach einem Festgottesdienste und Aufführung einiger Gesänge im Schloßreiter die Hauptversammlung statt. Domherr Dr. Lüdke, Landrat v. Gläsernapp und Bürgermeister Sandtuchs begrüßten die Versammlung. Lehrer Longear sprach über Temperamente, Mittelschullehrer Maslakowski über das Thema: „Was predigt dem Lehrer das Kreuz?“, Lehrer Witt-Culm über das Seelenvermögen.

Vom Provinzial-Schulcollegium der Provinz Westpreußen sind zu einem chemisch-physikalischen Ferienkursus die Herren Direktor Groß-Graudenz, Oberlehrer Dr. Hünfeldt-Marienburg, Oberlehrer Dr. Łukowicz-Danzig und Gymnasiallehrer Dr. Kłodzko-Graudenz nach Frankfurt a. M. entsandt worden.

Der Kultusminister hat anlässlich eines Einzelfalles die Entscheidung getroffen, daß auch die Wiedereröffnung einer wegen ansteckender Augenkrankheit geschlossenen Schule durch den Landrat nur nach Anhörung des beamten Arztes zu erfolgen hat.

Diejenigen Theologie-Studirenden und Kandidaten, welche sich bei dem Westpreußischen Konistorium in Danzig den theologischen Prüfungen im nächsten Termin unterziehen wollen, haben ihre Meldungen bis spätestens zum 20. Oktober einzureichen.

Für die Urwahl zum Landtag hat die Regierung folgende Anweisung bezüglich der Schulen und Lehrer ergeben lassen: Nebenall, wo Mangels anderweitiger geeigneter Räume die Schulzimmer für die Wahlhandlung in Anspruch genommen werden müssen, ist dies ohne Weiteres zu gestatten. Am Tage der Urwahlen fällt der Unterricht aus, jedoch mit der Maßgabe, daß solche Lehrer, die an diesen Wahlen sich gefällig nicht beihängen dürfen, sowie die Lehrerinnen am Wahltage ordnungsmäßig Schule zu halten haben und daß, wenn bei den Wahlen in einem Orte sich das Wahlgeschäft nicht über Mittag hinzuzieht, nur der

Vormittag schulfrei sein darf. Jeder Lehrer, der zur Führung der Wahlhandlung herangezogen wird, muß der erforderlichste Laub gewährt werden.

Vom 13. d. Mis. ab werden auf allen russischen Staatsbahnen Personenwagen vierter Klasse eingeführt. Podgorz, 5. Oktober. Die Abteilungslisten zur Landtagswahl liegen im Magistratbureau nur in der Zeit vom 6. bis einschließlich 8. Oktober zur Einsicht aus. — In Rudak ist ein toller Hund getötet worden. Die Hunde der Droschken Rudak, Stenken, Dorf und Gut Czernowitz und Brzoza sind 3 Monate hindurch anzuleten oder einzusperren.

### Kleine Chronik.

Aus dem Busch'schen Bismarckbuch werden noch folgende Äußerungen Bismarcks während des deutsch-französischen Krieges veröffentlicht. Eines Tages sprach Bismarck über die Frage der Regierungsform und erklärte einen erleuchteten Absolutismus für die beste. „Aber wir haben keine echten Absolutisten mehr, das heißt: keine Könige. Sie sind verschwunden, die Spielart ist ausgestorben. Die Republik ist im Ganzen die richtige Regierungsform und sie wird in Zukunft ohne Zweifel kommen — aber unsere Republikaner gefallen mir nicht... Mit den Fürsten geht es überall abwärts, auch bei uns. Es gibt keinen Rocher de bronze mehr... Sie kümmern sich um nichts, als daß sie in den Zeitungen gepriesen werden und soviel Geld als möglich für ihre persönlichen Bedürfnisse erlangen. Der Einzige, der seinen Beruf ordentlich erfüllt, ist der alte König von Sachsen.“

Der Kammerjunker Freiherr v. Uslar-Gleichen, der im vorigen Jahre in Greiz bei der Centenarfeier zu Ehren Kaiser Wilhelms I. als Stellvertreter des Landrats eine preußische Fahne einziehen ließ und aus diesem Grunde seiner Stelle enthoben wurde, ist vom 1. Oktober zum Amtsrichter des reußischen Amtes Burgk an der Saale ernannt worden.

Über einige historische Arbeiten, die ihm zu Gesicht gekommen sind, hat der Kaiser vor kurzem sein Missfallen ausgesprochen. Es handelt sich dabei nach der „Bresl. Morg. Blg.“ um folgendes: Unter den Enthüllungen, die in der jüngsten Zeit auf dem Gebiete der Geschichtsforschungen zu verzeichnen waren, befinden sich auch mehrere, die preußische Regenten betreffen. Über Friedrich den Großen und sein Verhalten vor Beginn des siebenjährigen Krieges ist Neues und Überraschendes, mit den bisherigen Lesarten durchaus nicht zu vereinbaren, gesagt worden und ebenso ist auf die Politik des Großen Kurfürsten, auf dessen Verhältnis zu Frankreich und Ludwig XIV., mehr Licht und Schärferes als bisher gefallen. Es ist der Nachweis geführt worden, daß der Große Kurfürst eine Zeile lang im französischen Solde gestanden, daß er gegen das Versprechen, die Wahl Ludwigs XIV. zum deutschen Kaiser zu unterstützen, vom Sonnenkönige eine hohe jährliche Rente gezahlt erhalten hat. Nun ist die Reihe auch an Friedrich Wilhelm III. gekommen. Man kennt die Legende vom Abschluß der Konvention von Taurrogen und von der Rolle, die der „seinen Kopf dem Könige zu Füßen legende“ General York dabei gespielt haben soll. Nach den neuen geschichtlichen Untersuchungen war der Abschluß des preußischen Kontingents von den Franzosen, als York nach Russland zog, von vornherein ins Auge gesetzt und von Friedrich Wilhelm III. gutgeheißen. Die Aufgabe Yorks bestand darin, den richtigen Zeitpunkt für den Abschluß zu wählen. Der König war über den ganzen Verlauf der Angelegenheit vollkommen unterrichtet.

Auffallende Freisprechungen. Die 26jährige Tagelöhnerin Susanna Baumann aus Mainz hatte am 12. August auf offener Straße ihren Liebhaber erstochen, weil dieser ein anderes Frauenzimmer bei sich hatte. Die Baumann stand deshalb am Montag vor dem Schwurgericht wegen Körperverletzung mit tödlichem Erschlag. Der Verhöldiger ließ auch die Frage auf fahrlässige Tötung stellen. Trotz des glänzenden Plaidoyers des Oberstaatsanwaltes verneinten die Geschworenen wider Erwarten alle Schuldfragen, worauf das Gericht auf Freispruch erkennen mußte.

Durch einen Bubenstreit wurden auf der Görlitzer Bahn zwischen den Stationen Adlerhoft und Grünau mehrere Büge in Gefahr gebracht. Es wurden nämlich Montag Nacht zwischen 11 und 12 Uhr unweit Alt-Gleichen auf die Schienen der beiden Gleise zwei gewaltsam aus dem Boden gerissene Warnungstafeln somit den Pfählen gelegt und noch mit großen Steinen beschwert. Da das Hindernis von den Streckenbeamten bemerkt war, gingen die Büge darüber hinweg, ohne daß glücklicherweise der beabsichtigte Zweck der Entgleisung erreicht wurde.

Die feierliche Beerdigung der 17 Opfer der Grubenkatastrophe auf dem General Blumenthal Schacht III. fand am Montag in Redlingshausen statt. Die Stadt

hatte düsteren Trauerschmuck angelegt, kein Haus an den Straßen, an denen der Leichenzug vorüberkam, war ohne schwarze Fahne, die mit Flor umhüllten Gaslaternen waren angezündet. Vor den Bechengebäuden wehten halbmast gehisste Fahnen, auch waren sonstige Trauerauslegerungen angebracht. Die Leichen waren bis Sonntag Abend sämlich geborgen.

\* Die Todesstrafe in der Schweiz. Das Kantonsgericht in Schaffhausen hatte kürzlich zwei Mörder, einen gewissen Brutsch und den Italiener Bechinati, zum Tode verurtheilt. Von Beiden wurde ein Bezeugungsgesuch eingereicht, über welches der Große Rath zu entscheiden hatte, dem alle Todesurtheile zur Bestätigung vorgelegt werden müssen. In geheimer Abstimmung stimmten in dem Falle Brutsch 37 Mitglieder für und 36 gegen die Todesstrafe, im Falle Bechinati 38 für und 34 gegen die Todesstrafe. Da nach dem Gesetz zwei Drittel der Mitglieder des Großen Rathes für das Todesurtheil stimmen müssen, damit es rechtskräftig wird, hier jedoch in beiden Fällen diese Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, sind die beiden zum Tode verurtheilten zu lebenslänglichem Bußhaus beugnigt worden.

\* Die Verhaftung der amerikanischen Doktorin der Medizin Mrs. Alice Guisford unter der Anklage der Tötung erregt in London Aufsehen. Sie soll eine gesetzwidrige Operation an einer Dame in Bridgeport (Amerika) vollzogen und nach deren Tode die Leiche in Stücke geschnitten und in einen Mühlenteich geworfen haben. Vor wenigen Tagen ist Mrs. Guisford in Liverpool gelandet, verleugnete dort ihren Namen, wurde aber von einem Detektiv erkannt und dann vor dem Bow-Street-Polizeigericht in London verhört und in Untersuchungshaft genommen.

### Neueste Nachrichten.

Graz, 5. Oktober. Bei der heutigen Gemeinderatswahl wurden in dem ersten Wahlkreis die Kandidaten des deutschen Wahlausschusses mit großer Majorität gewählt.

London, 5. Oktober. Wie die Abendblätter melden, gingen die Pferde des Wagens, in welchem sich die Königin mit Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich und der Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe am Montag auf der Fahrt nach Balmoral befanden, durch, der Wagen wurde zwischen zwei Bäumen eingeklemmt. Die Majestäten sowie die Prinzessin erlitten eine Erschütterung, blieben aber sonst unverletzt.

London, 5. Oktober. Dem „Reuter-Bureau“ wird aus Paris gemeldet, die heute der Pforte überreichte, die Regelung der kretischen Frage betreffende Kollektivnote der vier Mächte erklärt in bündiger Form, die türkischen Truppen mühten Kreta binnen einem Monat räumen und die Zurückziehung der türkischen Truppen muß in 14 Tagen beginnen.

Verantwortlicher Redakteur  
Friedrich Kretschmer in Thorn.

### Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen - Depesche	Berlin, 6. Oktober. Fonds: schwach.	5. Oktbr.
Russische Banknoten	216,50	216,55
Warschau 8 Tage	216,20	216,20
Osterr. Banknoten	169,85	169,90
Preuß. Konfols 3 p. Ct.	94,40	94,40
Preuß. Konfols 3 1/2 p. Ct.	101,90	101,80
Preuß. Konfols 3 1/2 p. Ct. abg.	101,75	101,75
Deutsche Reichsanl. 3 p. Ct.	93,40	93,40
Deutsche Reichsanl. 3 1/2 p. Ct.	101,75	101,70
Wehr. Pföbdr. 3 p. Ct. neul. II.	89,00	97,20
do. 3 1/2 p. Ct. do.	88,70	98,75
Posen. Pföbdr. 3 1/2 p. Ct.	98,60	98,70
Poln. Pföbdr. 4 p. Ct.	fehlt	fehlt
Lüdt. Anl. C.	26,60	26,45
Italien. Rente 4 p. Ct.	fehlt	fehlt
Ruman. Rente v. 1894 4 p. Ct.	92,40	92,40
Disconto-Komm.-Ant. egcl.	196,00	196,20
Harpener Bergw.-Akt.	174,40	173,10
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	126,00	125,80
Thorn. Stadt-Akteile 3 1/2 p. Ct.	97,50	fehlt
Weizen: Loco New-York Oct.	73 c	73 c
Spiritus: Lolo m. 70 M. St.	52,30	52,00

### Spiritus - Depesche.

v. Portarius u. Grothe Königsberg, 6. Oktober. Boco cont. 70er 52,00 Pf., 50,70 Pf. — bez.

Oktbr. 52,00 " — " — " — . Novbr. 52,00 " — " — " — .

### Städtischer Vieh- und Pferdemarkt.

Thorn, 6. Oktober. Aufgetrieben waren 147 Pferde, 175 Rinder, 586 Schweine, darunter 530 Ferkel; bezahlt wurden für fette 40—41 M., für magere 38—39 M. für 50 Kilo Beibengewicht.

Amtliche Notirungen der Danziger Börse vom 5. Oktober.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Olshaaten werden außer den notirten Preisen 2 M. per Tonne sogenannte Faktorei-Provision jahrmäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Beiz: inländ. hochbunt und weiß 732 bis 793 Gr. 155—164 M. bez., inländ. bunt 761 bis 793 Gr. 155—160 M. bez., inl



Gestern Nachmittag 1 Uhr verschied nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester und Tante  
**Fran Elisabeth Janke**  
geb. Boldt

im 49. Lebensjahr.

Dieses zeigt im Namen der hinterbliebenen um fülltes Beileid bittend an der trauernder Gatte

Pensau, den 6. Oktober 1898.

**Friedrich Janke.**

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 8. d. M., Nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

### Höhere Mädchenschule

zu Thorn.

Schulbeginn im Winterhalbjahre Dienstag, den 18. d. M., Vormittags 9 Uhr. Aufnahme neuer Schülerinnen Montag, den 17., Vorm. 10—12 Uhr. Der Direktor. Dr. Maydorn.

### Mein Bureau u. Wohnung

befindet sich von jetzt ab Schiller- u. Breitestr. = Ecke (im Hause Schlesinger).

### Neumann,

Rechtsanwalt.

### Standesamt Mocker.

Vom 29. September bis einschl. 6. Oktober sind gemeldet:

a. als geboren:

1. Tochter dem Bäcker Rudolph Priebe. 2. Tochter dem Arbeiter Lorenz Dombrowski. 3. Sohn dem Arbeiter Ernst Sonnenberg. 4. Sohn dem Arbeiter Joseph Biolkowski. 5. Sohn dem Arbeiter Jacob Weßner-Neus-Wieckhof. 6. Sohn dem Fleischer Joseph Kocienewski. 7. Sohn dem Maurer Julius Buchholz. 8. Sohn dem Felswebel Emil Schramm-Kort Scharnhorst. 9. Sohn dem Arbeiter Nicolaus Piafekli. 10. Tochter dem Besitzer Peter Duvensee. 11. Tochter dem Arbeiter Anton Kowalski. 12. Tochter dem Arbeiter Joseph Winiarski-Schönwalde. 13. Uneheliche Tochter. 14. Unehelicher Sohn. 15. Sohn dem Steinfechner Franz Richter. 16. Sohn dem Arbeiter Carl Witt-Kolonie Wieckhof. 17. Sohn dem Schmied Stanislaus Maczkowski.

b. als gestorben:

1. Erich Pommerenke 7 M. 2. Helene Sonnenberg-Neus-Wieckhof 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub> J. 3. Rudolf Finger 4 T. 4. Hugo Kłakowski 2 M. 5. Auguste Maczewska-Schönwalde 7 J. 6. Franz Piafekli 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> St. 7. Maurer- und Zimmermeister Friedr. Geitner 64 J. 8. Gertrud Langhans 12 T.

c. ehelich sind verbunden:

1. Arbeiter Franz Picht mit Bronislawa Kłakowska. 2. Pferdebahnschaffner Franz Hoppe-Brandenburg a./h. mit Marie Danikowska-Schönwalde. 3. Arbeiter Franz Schulz mit Hedwig Radziewski geb. Nowakowska.

### Standesamt Podgorz.

Vom 20. September bis einschl. 5. Oktober sind gemeldet:

a. als geboren:

1. Sohn dem Hilfsbahnhörwärter Hermann Schramm. 2. Tochter dem Kasernehörwärter Johann Scherle-Rudak. 3. Zwillinge (Söhne) dem Landbriefträger August Dobrołowitsch-Stempf. 4. Unehelicher Sohn. 5. Tochter dem Arbeiter Anton Schulz. 6. Tochter dem Heizer Georg Kunte. 7. Sohn dem Schmied Friedrich Stach. 8. Unehelicher Sohn. 9. Sohn dem Arbeiter Johann Krause-Rudak. 10. Sohn dem Käthner Philipp Zabel-Rudak. 11. Sohn dem Bremser Hermann Kohlitz-Piastek. 12. Sohn dem Gepäckträger Emil Krüger-Rudak.

b. als gestorben:

1. Witwe Marianna Wykrowska geb. Kutzikowska 85 J. 5 M. 25 T. 2. Helene Bötz 1 J. 4 M. 10 T. 3. Helene Trentel-Rudak 6 M. 29 T. 4. Elfriede Schilling-Piastek 1 J. 8 M. 10 T. 5. Gertrud Panke-Rudak 3 M. 29 T.

c. zum ehelichen Aufgebot:

1. Lokomotivheizer Otto Gustav Wilhelm Schubert und Friederike Hermine Florentine Herrmann-Trzeciewska. 2. Bäckermeister August Aleksander Sawicki-Mocker u. Eigentümervivitiv Sylwana Clara Bochle geb. Suwalski-Thorn. 3. Lokomotivheizer Paul August Walter Schulz und Johanna Marie Pagalić. 4. Maurergeselle Hermann Carl Selina und Friederike Wilhelmine Amanda Blum.

d. ehelich sind verbunden:

1. Registratur- und Kanzleivorsteher Carl Wilhelm Dickson-Inowrazlaw und Bertha Hedwig Pankegrau.

# Vollständiger Ausverkauf

von schwarzen, weißen und farbigen

## Seidenstoffen, Seidensammeln u. Plüschen,

wie schwarzen u. farbigen wollen Kleiderstoffen

wegen Aufgabe dieser Artikel. Es bietet sich hiermit dem geehrten Publikum die günstige Gelegenheit **Kleiderstoffe** in guten und besten Qualitäten zu außergewöhnlich billigen Preisen zu kaufen.

Leinenwaaren u. fertige Wäsche in grösster Auswahl.

Breitestr.

14.

**S. David,**

Breitestr.  
14.

## Totalauflösung

des seit 33 Jahren bestehenden

### J. Keil'schen Waarenlagers.

Ich habe dasselbe künftig erworben und werden die Restbestände und andere Waaren werktäglich von 8—1 und 2—9 Uhr zu spottbilligen Preisen ausverkauft.

**Siegmund Mosse.**

## Geschäftsverlegung!

Am 1. Oktober verlegte mein photographisches Geschäft in den Neubau Katharinenstrasse 8, gegenüber dem Königl. Gouvernement.

**H. GERDOM, Photograph.**

### Atelier für Promenaden-, Sport- und Reise-Kostüme.

Aufertigung nach Maß, auf Wunsch innerhalb 24 Stunden.

Größte Auswahl in Garnituren.

**F. Preuss, Heiligegeiststrasse 13.**

## Schering's Pepsin-Essenz

nach Vorschrift vom Geh.-Rat Profess. Dr. O. Liebreich, bestellt dinnen kurzer Zeit Verdauungsbeschwerden, Sodbrennen, Magenverschleimung, die Unmöglichkeit im Essen und Trinken, und ist ganz besonder für Frauen und Mädchen zu empfehlen, die infolge Fleischsucht, Hysterie und ähn. Magenschwäche leiden.

**Schering's Grüne Apotheke,** Berlin N.  
Niederlagen in fast sämtlichen Apotheken und Drogenhandlungen.  
Man verlangt ausdrücklich Schering's Pepsin-Essenz.

## Für Hausfrauen!

Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Th., Nr. 45.

Weberi und Verland-Geschäft, liefern gegen Zugabe von Wolle, oder reinwollenen gewebten oder gestrickten Abfällen

unverwüstliche und echtfarbige Damen- und Herrenkleiderstoffe, sowie Portieren

und Läuferstoffe zu sehr billigen Preisen.

Annahme und Musterlager in Thorn bei Herrn A. Böhm, Brückenstr. 32.

### Thüringer Kunstfärberei Königsee Chemische Wäscherei.

Etabliss. 1. Rang. Neue großartige Auswahl hochmoderner Farben. Peinlich saubere, unerkannt vorzügl. Ausführung.

Annahmestelle, Muster u. Vermittelung bei

**Anna Güssow, Thorn, Altst. Markt.**

Sonntag, d. 9., Mittags 1 Uhr  
Stift.-T. in I.

Klein-Kinder-Bewahr-Verein.  
Weihnachts - Bazar  
am 9. November.

## Tanz-Kursus.

Beginn am Mittwoch, den 12. d. Mts. im Artushofe. Ges. Anmeldungen nehmen persönlich am Montag, Dienstag und Mittwoch von 11—1 Uhr dort selbst entgegen.

Hochachtungsvoll

**W. St. v. Wituski,**  
Ballettmeister.

## Geschäfts-Eröffnung.

Zeige den geehrten Herren an, daß ich Bromberger Vorstadt, Melliestr. 81, ein Raffir- u. Frisir-Geschäft eröffnet habe. Um gütige Bekehrung bittet Reinhold Schmeichler.

**Grumfauer** Birnen zu verkaufen  
Gerechtestr. 10.

## Malton-Weine

Portwein, Sherry und Tokayer  
1/2 fl. 2, 1/2 fl. 1 Ml.  
Oswald Gehrke,  
Thorn, Kulmerstrasse.

## Entlassen

haben wir hente unsern seit über zwei Jahren beschäftigten Handlungsgesellen

## Paul Doering

und warnen Federmann, ihm Gelder für uns zu behandigen oder irgend welches uns betreffende Geschäft mit ihm abzuschließen.

Thorn, den 5. Oktober 1898.

**Gebrüder Pichert,**  
Ges. m. b. H.

## Ein Wechsel über 100 M.,

fällig am 4. d. Mts., verloren gegangen.

Acceptant wird auf Befragen genannt.

Vor Anlauf wird gewarnt.

Th. Pohl, Gerberstraße 27.

## Ein Dienstbuch

mit rother Schale, Quittungskarte und einer Postkarte enthaltend, ist auf der Bromberger Vorstadt verloren worden. Abzugeben bei

Mietshaus Grubinska, Bäckerstr. 45.

## Synagogale Nachrichten.

Freitag, den 7.

Beginn des Gottesdienstes: 6 Uhr Morgens.

Abendandacht: 5<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Sonnabend, den 8.

Predigt und Seelenfeier: 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

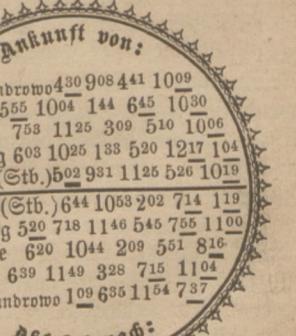
Abendandacht: 5<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Sonntag, den 9.

Beginn des Gottesdienstes: 10 Uhr.

## Winter-Fahrplan

vom 1. Oktober 1898 ab.



Ankunft von:

Alexandrowo 430 908 441 1099  
Pozen 555 1008 144 655 1030  
Culmsee 755 1128 309 510 1066  
Bromberg 603 1026 133 520 1217 104  
Insterburg (Sth.) 502 931 1125 526 1019  
Insterburg (Sth.) 644 1068 202 714 119  
Bromberg 520 718 1146 545 755 1100  
Culmsee 620 1044 209 551 816  
Pozen 639 1149 328 715 1104  
Alexandrowo 109 635 1154 727

Absahrt nach:

Die Zeiten bei Culmsee und Insterburg beziehen sich auf den Stadtbahnhof.

Die Zeiten von 600 Abends bis 550 Morgens sind in den Minutenzahlen unterstrichen.

Für Börsen- u. Handelsberichte, Reklame- sowie Interessenheil verantwortl. E. Wendel-Thorn.

Hierzu eine Beilage.

Bertreter:

**Walter Brust**

Katharinenstr. 3/5.

Reisebüro für Fahrer gratis auf meinem

ungeeigneten Nebenweg.

Reisebüro